

**Warum gibt es auch im heutigen
Kapitalismus Wirtschaftskrisen?**

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

7



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt	Seite
Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?	1
Warum kommt es im Kapitalismus periodisch zu Überproduktionskrisen?	1
Marx über die Ursachen kapitalistischer Überproduktionskrisen	2
Warum gab es in der Bundesrepublik eine lange krisenfreie Periode?	5
Krisenhafte Erscheinungen in der Bundesrepublik	9
Was tun gegen die Krise?	11
Anhang	14

Thälmann-Bibliothek und Archiv
Torpenbekstr. 64
2000 Hamburg 20

Preis DM 0,80

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Ironisch schrieb die amerikanische Zeitschrift "Times" am 9. November 1953 in einem Artikel unter der Überschrift „Was ist ein Rückgang der Wirtschaft? “: „Mag es auch seltsam sein, aber niemand weiß genau, was ein Rückgang der Wirtschaft ist. Dies Wort ist genau so schwierig zu definieren wie die Liebe.“

Das war in den Tagen, als der damalige Bundeswirtschaftsminister Erhard stolz verkündete: „Die Konjunktur wird so, wie man sie haben will. Ich habe genügend Mittel in der Hand, um sie zu gestalten.“

Solche und ähnliche Worte bürgerlicher Wissenschaftler und Politiker verstummen jedesmal, wenn auf die Hochstimmung des „Wirtschaftswunders“ der Aschermittwoch des Produktionsrückganges und größere Arbeitslosenziffern folgen.

Es gibt rund 250 bürgerliche Krisentheorien. Jede entwickelt ihr Rezept gegen Krisen. Diese Rezepte sollen zwei grundsätzliche Aufgaben erfüllen. Erstens soll mit ihrer Hilfe das durch die Krisenerscheinungen in seiner Existenz jedesmal mehr bedrohte imperialistische System stabilisiert werden. Es werden Vorschläge ausgearbeitet, wie insbesondere mit Hilfe des Staates günstige Verwertungs- bzw. Profitbedingungen der Monopole auch in der Krise garantiert werden können.

Zweitens sollen diese Rezepte die Arbeiter vom Kampf gegen die eigentlichen Ursachen der Krise abhalten. Deshalb haben alle diese Rezepte eins gemeinsam: Im Gegensatz zum Marxismus behaupten sie, daß die Krisen innerhalb des Kapitalismus überwunden werden können.

Zur Verbreitung ihrer „Theorien“ wurden den bürgerlichen Theoretikern große Institute und staatliche Instrumente zur Verfügung gestellt. Sie hatten genug Gelegenheit, ihre Ideen und ihre Rezepte auszuprobieren. Doch welches Ergebnis haben sie erzielt? Nichts hat verhindern können, daß sich bei uns 1966/67 wiederum alle inneren Bedingungen einer echten kapitalistischen Überproduktionskrise entwickelten und schwerwiegende Verluste an gesellschaftlicher Arbeit entstanden.

Die Praxis widerlegte also das bürgerliche Denken über die Krise. Um so mehr ist es nötig, sich mit der Marx'schen Krisentheorie zu befassen.

Warum kommt es im Kapitalismus periodisch zu Überproduktionskrisen?

Manche meinen, Krisen träten durch eine falsche Wirtschaftspolitik auf, könnten also durch eine richtige Politik verhindert werden.

Andere meinen, es läge an Naturkatastrophen wie Trockenheit, Überschwemmungen usw., daß es zu solchen Krisen komme. Die bürgerlichen Krisentheorien nähren diese Meinungen, weil sie vom Kampf gegen das kapitalistische System selbst abhalten.

Sicher haben Naturfaktoren, grobe wirtschaftspolitische Fehler oder Talent auf diesem Gebiet negative oder positive Wirkungen. Aber diese Faktoren gab und gibt es in jedem System und zu allen Zeiten. Die Geschichte beweist jedoch, daß die zyklischen Überproduktionskrisen mit dem Kapitalismus entstanden und seinen Lebensweg ständig begleiten. Diese Überproduktionskrisen gab es 1825, 1836, 1847, 1857, 1866, 1873, 1882, 1891/92, um 1900, 1913, 1921/22, 1929 - 1933, 1937/38. Mehr als einmal waren Krise und Krieg die entscheidenden Ereignisse im Leben ganzer Generationen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sank die Produktion in den USA mehr als viermal unter das Vorkriegsniveau.

Auch bei uns vollzog sich die Nachkriegsentwicklung außerordentlich ungleichmäßig. Nach 1945 waren bis Ende 1965 vier Zeitabschnitte mit schnellerem Produktionsanstieg festzustellen: 1948/49, 1954/55, 1960 und 1964/65. (Der fünfte 1968).

Seit 1950 traten jedoch gleichzeitig Krisenerscheinungen 1952/53, 1957/58 und 1962/63 auf, die sich von Mal zu Mal verschärften und in der zyklischen Überproduktionskrise von 1966/67 ihren vorläufigen Höhepunkt fanden.

So zeigt sich, daß die Überproduktionskrisen erstens im Kapitalismus auftreten. Sie treten zweitens nur im Kapitalismus und drittens in allen kapitalistischen Ländern auf. Viertens entwickeln sie sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit.

Für diese Krisen muß es tiefere als die genannten Ursachen geben. Diese Ursachen sind offenbar vom Können, vom Willen und Bewußtsein der Menschen weitgehend unabhängig. Sie entspringen dem Wesen des Kapitalismus. Marx war es, der die Ursachen der Wirtschaftskrisen entdeckte.

Marx über die Ursachen kapitalistischer Überproduktionskrisen

1. In unserer Wirtschaft ist jedes der hochmodernen Produkte, das Auto, der Kühlschrank, die numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen usw. usf. das Resultat der Arbeit vieler Tausender Arbeiter. Die Produktion trägt gesellschaftlichen Charakter. Keiner kann jetzt mehr sagen: das ist mein Produkt, das habe ich allein gemacht: Aber wem gehören die Produkte? Wer eignet sie sich an? Die Aneignung der Ergebnisse der Arbeit vieler Tausender Menschen erfolgt privat. Und warum? Weil die Produktionsmittel nicht denen gehören, die sie bedienen und herstellen. Der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Aneignung der Ergebnisse dieser Produktion – das ist der Grundwiderspruch des Kapitalismus.

Die Folge der privaten Aneignung ist, daß die Profitmacherei die Triebkraft der kapitalistischen Wirtschaft ist. Was bedeutet das konkret? Wenn die Kapitalisten ihre Profite erhöhen wollen, so müssen sie den Umfang der Produktion und die Ausbeutung der Arbeitermassen ständig steigern. Der Profit jedoch fließt erst mit dem Verkauf der Produkte auf dem Markt in

die Taschen der Kapitalisten. Das Kapital will die Löhne so gering wie möglich halten. Eine niedrige Bezahlung der Arbeiter bringt höhere Gewinne. Aber was bei der Produktion der Waren günstig für die Profitproduktion ist, wird beim Verkauf der Waren zur Schwierigkeit. Die Volksmassen stellen ja gleichzeitig den größten Teil der Käufer dar. Je stärker sie ausgebeutet werden, desto kleiner ist die Massenkauftkraft im Verhältnis zum Warenangebot. So erzeugt die Profitjagd des Kapitals eine Schranke: die begrenzte kaufkräftige Nachfrage der Massen. So tritt periodisch ein Widerspruch zwischen Produktion und Markt auf, und zwar in Gestalt von Unverkäuflichkeit riesiger Warenmassen und Überproduktion von Kapital, von periodischen Überproduktionskrisen.

2. Diese Entwicklung wird durch die Investitionstätigkeit stark beeinflusst. In der Periode des Aufschwungs der Produktion werden vorhandene Betriebe ausgebaut, modernisiert, neu errichtet. Diese Investitionstätigkeit bewirkt Nachfragen nach Maschinen, Baustoffen, Arbeitskräften. Das treibt die Konjunktur stark voran, weil die Profitbedingungen günstig sind.

Die Investitionstätigkeit bewirkt, daß zwar neue Produktionskräfte geschaffen werden, was die Produktion anheizt, aber die Produktionsstätten beginnen erst nach einiger Zeit mit der eigenen Produktion. Hier liegt die Möglichkeit, daß ein sich herausbildender Widerspruch zwischen Produktionskapazität und Markt erst nach einiger Zeit sichtbar wird. Es ist sogar möglich, daß – während der Errichtung neuer Anlagen, die sich erst nach ihrer Fertigstellung als Überkapazitäten erweisen können – die Nachfrage noch steigt. Stellt sich nun heraus, daß es solche Überkapazitäten gibt, läßt die Investitionstätigkeit schlagartig nach.

3. Dieser Widerspruch zwischen Produktion und Markt wird nun durch eine kapitalistische Überproduktionskrise ausgeglichen. Es kommt zu Produktionseinstellungen, zur Stilllegung und Vernichtung von Kapital, so leeren sich allmählich die Warenlager, so daß nach einer bestimmten Periode der Stagnation die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung entstanden sind.

Die Krise selbst zeigt sich im Zusammenbruch des Betriebes der kapitalistischen Warenproduktion und Zirkulation (Austausch und Verkauf der Waren). Folgende Erscheinungen sind charakteristisch: Unverkäuflichkeit der Waren, Senkung des Warenverkehrs, Überfüllung der Märkte, massenhafte Stauung der produzierten Waren, starker Mangel an Zahlungsmitteln, Störungen der Kreditbeziehungen, Stilllegung der Produktion, Nichtauslastung von Produktionskapazitäten und damit verbunden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, im Gefolge der zyklischen Krise Verschärfung des Klassenkampfes und Erschütterungen des politischen Herrschaftssystems.

Dieser Widerspruch, den jeder von uns in verschiedenster Weise schon kennengelernt hat, entspringt der Herrschaft des Kapitals. Vom Standpunkt der Arbeiter sind die riesigen Warenlager und die brachliegenden Kapitalmengen keineswegs überflüssig.

Die Überproduktion ist durchaus nicht absolut. Im Verhältnis zu den Lebensbedürfnissen der arbeitenden Menschen ist keineswegs zuviel erzeugt worden. Die Überproduktion ist vielmehr relativ. Im Verhältnis zu den Verwertungsbedürfnissen der Kapitalisten ist zuviel erzeugt worden. Die Kapitalisten können die Güter nicht profitabel genug verkaufen. Deshalb halten sie sie zurück oder vernichten sie, legen wertvolle Produktionsanlagen still und wollen die Arbeiter entlassen.

Es ist also in der Tat so, wie es Marx formulierte: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“¹⁾

Das beschwor auch jene Weltwirtschaftskrise 1929/32 herauf, die (einschließlich der folgenden Depression) nach bürgerlichen Schätzungen für die USA zu einem Produktionsausfall von 300 Milliarden Dollar führte.

Die kapitalistischen Widersprüche sind die tiefste Ursache für jene Entwicklung, über die der bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler Robert Friedlaender-Precht in seiner 1931 erschienenen Arbeit „Die Wirtschaftswende“ über die Krise jener Jahre schreiben mußte: „Solange in Argentinien Weizen verbrannt wird und in Europa Menschen Hungers sterben; solange in Brasilien Kaffee in den Valosierungskellern verfault und in Irland und Sachsen die Massen Gerstenbrühe trinken; solange Hochöfen gedämpft werden, Drehbänke stillstehen, Ziegelgruben ersaufen, und demgegenüber Bürger von Europa und Amerika in ungesunden Wohnkarnen zusammengepfercht leben müssen; solange die Farmer Süd-Carolinas nicht wissen, wohin mit dem Baumwollseggen und anderswo Leute einen Tag zu Hause bleiben müssen, weil ihr einziges Hemd gewaschen wird: solange muß die zweibeinige Tiergattung Homo darauf verzichten, sich in den Naturgeschichtsbüchern ‚sapiens‘ titulieren zu lassen!“²⁾

Heute kommt der Widerspruch zwischen Produktion und Markt auf vielen Gebieten vor allem in einer Überproduktion von produziertem Kapital, in einer Nichtauslastung riesiger Produktionskapazitäten zum Ausdruck. Dadurch entstehen uns ungeheure Verluste. Die Fordwerke in Köln sind heute soweit, daß sie bei einer Ausnutzung der Kapazitäten von nur 50 % noch existieren können, bei 60 % „gut verdienen“ und bei ab 70 % noch erhebliche Reserven für die Profiterhöhung bilden können. Produktionsdrosselungen sind in den kapitalistischen Staaten an der Tagesordnung. So sank z.B. in der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik am Jahresende 1966 die Auslastung der Produktionskapazität auf weniger als 70 %. Des weiteren werden Prämien für die Einschränkung landwirtschaftlicher Nutzfläche gezahlt, werden Industriebetriebe stillgelegt, Nahrungsmittel vernichtet usw., obgleich zum Beispiel in vielen Entwicklungsländern ein großer Bedarf danach besteht. Aber dieser Widersinn entspringt keinem Zufall, er gehört zum kapitalistischen System. In der Krise erfolgt die zeitweilige Lösung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt vor

allein durch Einschränkung der Produktion, Entlassung von Arbeitern, Vernichtung von Waren, von Kapital usw. Wurde dadurch wieder Übereinstimmung zwischen Produktion und Markt erzielt, beginnt ein neuer Aufschwung.

Gleichzeitig wirkt das Krisengesetz heute noch umfassender als früher. Durch die staatsmonopolistischen Maßnahmen kann die Krise ihrer ursprünglichen Funktion, die gewaltsame Wiederherstellung der gestörten volkswirtschaftlichen Proportionen, nicht mehr entsprechend nachkommen. Zwar gelang es den Kapitalisten in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, den explosionsartigen Ausbruch der Krisen einzuschränken. Aber das Hineingleiten in die Krisen hat dazu geführt, daß die zeitweilige Lösung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt nun nicht nur in der Krise und durch sie erfolgt, sondern auch in den anderen Phasen des Krisenzyklus. Dadurch aber wird bei uns die Wirtschaft nie mehr ganz frei von Elementen der Überproduktionskrise. So erklären sich auch die uns allen zur Genüge bekannten langwährenden Störungen, z.B. die fortlaufende Geldentwertung, die chronische Agrarkrise, die Krise des Steinkohlenbergbaus, die langandauernden Schwierigkeiten im Schiffsbau, in Teilen der Textilindustrie, im Maschinenbau usw. Alle diese Prozesse wirken sich durch die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution immer spürbarer auf die Gesamtlage unserer Wirtschaft aus.

Solange der Profit und nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen Ziel der Produktion ist, solange wirkt auch das Krisengesetz.

Warum gab es in der Bundesrepublik eine lange krisenfreie Periode?

Wie bereits ausgeführt, verlief die Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik äußerst ungleichmäßig. Das Entwicklungstempo der wirtschaftlichen Expansion verringerte sich insgesamt. Ein absoluter Rückgang wichtiger ökonomischer Kennziffern (z.B. Industrieproduktion, Bruttoprodukt, Investitionen, Beschäftigung, Außenhandelsumsatz, Nationaleinkommen) trat jedoch erstmals in größerem Maßstab ab etwa Mitte der 60er Jahre auf (z.B. Industrieproduktion). Absolute Rückgänge in einzelnen Zweigen und Bereichen wurden bis zu diesem Zeitpunkt durch die Entwicklung in anderen ausgeglichen. Wie erklärt sich das?

- 1) Die Existenz von zwei Weltsystemen und der Wettbewerb zwischen ihnen. Inwiefern ist das ein die Existenz des heutigen Kapitalismus entscheidend prägender Faktor? Weil das Kapital heute eine Krise, wie die von 1929 bis 1932, mit vielen Millionen Arbeitslosen, angesichts der Existenz des sozialistischen Weltsystems nicht mehr überleben würde. Hier geht es nicht mehr um Profitprozente, sondern um Fortexistenz des Profitsystems selbst.

Friedrich Pollock zitiert in seinem Buch „Automation, Materialien zur

Beurteilung der ökonomischen Folgen“³⁾ auf S. 351 folgende bemerkenswerte Einsicht von H.C. Sonne: „In der Vergangenheit hat man geglaubt, daß Wirtschaftskrisen zwar unangenehm seien, aber als eine periodische Generalreinigung unvermeidlich wären. Heute wissen wir aus bitterer Erfahrung, daß unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur viele solcher Generalreinigungen nicht überleben würde.“

- 2) Um jedoch auf diesem Gebiet wirksam werden zu können, bedarf der Kapitalismus bestimmter Instrumente. Diese erhielt der heutige Kapitalismus durch die Herausbildung des staatsmonopolistischen Systems. Dies wäre der zweite wesentliche Faktor.

Was heißt das konkret, staatsmonopolistischer Kapitalismus? Die modernen Produktionsanlagen und -methoden, die in den Riesenbetrieben tätigen Arbeitermassen haben ein solches Ausmaß angenommen, daß sie die ökonomische Kraft selbst großer Konzerne (Beispiel Krupp) überfordern. Müller-Armack, der frühere Staatssekretär Erhards, schrieb z.B.: „Die wirklich neuen Produktionseinrichtungen wie Flugzeugbau, Kerntechnik, Datenverarbeitung setzen einen exceptionellen Kapitalaufwand voraus . . . ohne eine wesentliche Beteiligung des Staates ist auf privatwirtschaftlicher Grundlage in der gegenwärtigen Situation hier nichts zu erreichen.“ Wer hier die Lösung „dem Wettbewerb überlassen möchte, übersieht, daß es sich bei den strukturell gefährdeten Bereichen um einen erheblichen Teil der deutschen Großkonzerne handelt . . .“ („Die Welt“, 11. Mai 1967).

Die Produktionsprozesse selbst sind so kompliziert und vielgestaltig, daß gesamtgesellschaftliche Planung und Leitung der Volkswirtschaft zwingend notwendig werden. Der ökonomische Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus, aber auch der Wettbewerb zwischen den kapitalistischen Nationen selbst stellt auf wirtschaftlichem, technischem, wissenschaftlichem und sozialem Gebiet Anforderungen, die auf privater, kapitalistischer Basis nicht mehr gelöst werden können. Der Kapitalismus wird immer mehr zum Anachronismus.

Im Grunde genommen haben wir hier in zugespitzter Form den Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem kapitalistischen Charakter der Aneignung der Produktionsergebnisse vor uns: die privaten Unternehmer werden mit den Problemen nicht mehr fertig. Sie sind ihnen über den Kopf gewachsen. Sie verlangen nach dem Staat, womit sie beweisen, daß die Zeit der Ablösung der privaten Kommandeure der Wirtschaft durch den gesamtgesellschaftlichen „Kommandeur“ gekommen ist. Aber dieser Konsequenz, der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes, dem Sozialismus, wollen sie naturgemäß ausweichen. Mit kapitalistischen Methoden, kapitalistischen Zielen wird der Staat eingesetzt. So bildet sich eine neue Beziehung zwischen Staat und Monopolen heraus. Ihre Macht verschmilzt zu einem einheitlichen aber widersprüchlichen Mechanismus. Der Staat, bisher ein primär politisches Instrument, wird nunmehr in immer umfassenderem Maße auch auf wirtschaftlichem, technischem, sozialem und ideologischem, kurzum: auf gesamtgesellschaftlichem Gebiet zugunsten der Großkonzerne und zwecks

umfassender Manipulierung der Menschen eingesetzt. Der Staat wird zu diesem Zweck in den Produktionsprozeß integriert. Das ist es, was wir Marxisten „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ nennen.

Für das Krisenproblem wichtig ist nun u.a. die wirtschaftssteuernde Tätigkeit dieses staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Während der Kapitalismus der freien Konkurrenz dadurch gekennzeichnet ist, daß Hunderttausende unabhängiger, einander entgegengesetzter Betriebe zersplittert produzieren und nur über den Markt im heftigen Konkurrenzkampf erfahren, ob sie ihre Produkte absetzen können, während also hier das spontane, anarchische Wirken der ökonomischen Gesetze typisch ist, ändert sich mit zunehmender Monopolisierung der Produktion und des Absatzes hier einiges: In den entscheidenden Wirtschaftszweigen haben wir keine atomisierten Produzenten mehr. Hier nehmen Monopole und Staatsbetriebe die beherrschende Stellung ein. Damit werden größere Teile des Marktes übersehbar, wächst die Tendenz zur Planmäßigkeit auch im Kapitalismus. Dazu kommen die besonderen Möglichkeiten des staatsmonopolistischen Systems.

In der Bundesrepublik belaufen sich die Staatsausgaben auf über 40 % des Nationaleinkommens. (Es gibt ja neben dem Bundesetat auch solche der Länder und Gemeinden). Der Staat kann mit dieser Riesensumme natürlich ganz erheblich auf das Verhältnis von Produktion und Markt einwirken.

Zu diesen weit über 150 Milliarden DM gehören über 20 Milliarden DM für die Rüstung. 66 % aller Bauten werden staatlich finanziert. Es gibt ein umfangreiches System zur Finanzierung der Investitionen, des Waren- und Kapitalexports usw.

Das alles bewirkt, daß die Monopole und ihr Staat es nicht mehr mit einem völlig unbekanntem Markt zu tun haben, daß es nicht immer erst nach Abschluß der Produktion klar wird, ob zu viel oder zu wenig erzeugt worden ist. Mit vielen Dutzend Milliarden DM kann man den Markt nicht unwesentlich beeinflussen. Zugleich bedeuten die staatlich finanzierten Investitionen eine Regulierung der Produktion von Produktionsmitteln.

So wird also versucht, unter Ausnutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Profite planmäßig zu erhöhen, das System der Ausbeutung weiter zu straffen und einen explosionsartigen Ausbruch der Marktprobleme zu vermeiden. Wie das geschieht, zeigt zum Beispiel das Kohleproblem, der Einsatz gewaltiger Staatsmittel dafür, daß Kohle nicht gefördert wird.

Oder nehmen wir das Problem der Investitionen selbst. Vor allem angesichts des Wettbewerbs zwischen Kapitalismus und Sozialismus, aber auch zwischen den kapitalistischen Ländern selbst sind technische Erneuerungen, ist die technische Revolution unabwendbar. Selbst dann sind neue Werke zu bauen, wenn vorhandene alle nicht oder nicht voll ausgelastet sind. Beispiele hierfür gibt es in der Eisen- und Stahlindustrie der USA und der BRD. Obgleich es hier lange Auslastungsschwierigkeiten gab und gibt,

werden ständig neue Anlagen geschaffen. Oder wenn die chemische Industrie nicht ständig ihre Tätigkeit verbesserte, wäre sie rasch im schlimmsten Rückstand.

Aber diese Investitionspolitik ist bei dem heute nötigen Kapitalaufwand nur durch Integration des Staates möglich. Von 1950 - 1963 wurden 200 Milliarden DM Staatshilfen an die Monopole zu Investitionszwecken gewährt. Richtlinien des Staates gestatten den Konzernen, Abschreibungen von Produktionsmitteln, die zehn Jahre und mehr fungieren können, in 3 - 5 Jahren vorzunehmen.

Unter den Bedingungen rascher technischer Veränderungen ist bei uns von 1950 - 1963 die Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde um 121 % gestiegen. Die Preise stiegen dazu um 30 %. Das ist eine wahre Profitexplosion, die wiederum die Investitionsneigung förderte.

Alles das begünstigt auf Kosten der Gesamtgesellschaft selbst in Krisenzeiten ein hohes Niveau der Investitionen.

3. Zu diesen Merkmalen, die für alle hochentwickelten kapitalistischen Länder typisch sind, kamen für die Bundesrepublik noch einige Besonderheiten hinzu:

- Die ökonomische, technische, politische und militärische Hilfe durch die USA.
- Die Notwendigkeit einer umfassenden Erneuerung des Produktionsapparates (seit 1929 wurden fast nur Rüstungsbetriebe ausgebaut; hinzu kamen Kriegszerstörungen und Demontagen) erzeugte einen gewaltigen Nachholbedarf.
Darum hatten wir lange Zeit eine weit höhere Investitionsrate als in anderen kapitalistischen Staaten.
- Dies wurde ermöglicht durch einen hohen Ausbeutungsgrad der Arbeiter. Der Anteil der Arbeiterklasse am Nettosozialprodukt (bezogen auf die Kopfzahl der Arbeiterklasse), betrug 1950 = 39,8 und 1965 nur noch 35,9 %.
- Der Millionen Menschen zählende Umsiedlerstrom brachte billige, zusätzliche Arbeitskräfte, die außerdem das Lohnniveau drückten.
- Da die Produktionsstruktur der Bundesrepublik zahlreiche Güter umfaßt, die für die Mitte der 50er Jahre verstärkt einsetzende technische Revolution nötig sind, hatte die BRD eine sehr günstige Welthandelsposition.
- Dies um so mehr, als die BRD lange Zeit keine direkten Rüstungsausgaben größeren Umfanges aufzubringen hatte, was der technischen Erneuerung und der Exportoffensive zugute kam (Korea-Boom).

- Es war der BRD möglich, auf vielfältige Art und Weise aus der DDR Werte von etwa 100 Milliarden DM herauszuholen.

10/10/69

Krisenhafte Erscheinungen in der Bundesrepublik

Regelmäßig entstanden seit 1945/46 etwa alle 5 Jahre Situationen, die durch absolutes Sinken und Stagnation der Produktion, der Investitionen usw. in einzelnen Wirtschaftsbereichen und 1966 insgesamt charakterisiert waren. Das „magische Viereck“ der Volkswirtschaft, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und ausgeglichene Zahlungsbilanz, blieb stets eine unerreichte Zielvorstellung.

Es sind vor allem drei große Ursachengruppen, die die zunehmend krisenhafte Situation in der Bundesrepublik seit Beginn der 60er Jahre bewirken. Die besonders günstigen Wachstumsbedingungen der Nachkriegszeit hörten auf zu wirken. Die Erscheinungen zyklischer Überproduktion verbinden sich zunehmend mit den strukturellen Krisen, die infolge der kapitalistischen Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution auftreten. Der Widerspruch zwischen der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik und den Kosten der von bestimmten Kreisen forcierten Aggressionspolitik verschärft sich erheblich. (Rüstungslasten, Auswirkungen der dadurch entstehenden inflationären Tendenzen). Die Krise 1966/67 muß als erste allgemeine Überproduktionskrise unter den Bedingungen des vollentwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik bezeichnet werden.

Erstmalig seit 1949 lag die Industrieproduktion der Bundesrepublik für den Zeitraum eines ganzen Jahres unter der des Vorjahres (1965/66: 1966/67); und zwar um ca. 3 %. Im ersten Vierteljahr 1967 betrug der Rückgang sogar beinahe 5, im III. Quartal 6 Prozent. Die damit verbundene Nichtauslastung von Kapazitäten betrug etwa 30 % (25 - 30 Milliarden DM). 4) Auch Handel und Verkehr wiesen Minuszahlen auf. Die Situation hätte noch weitaus schlimmer ausgesehen, wären nicht, wie schon 1958 und 1963, besonders hohe Außenhandelsüberschüsse erzielt worden. Durch die Verflechtung von Überproduktions- und Strukturkrise wurden besonders Bereiche wie der Kohlebergbau und der Eisen- und Stahlindustrie betroffen. Ihre Produktion sank gegenüber der von 1964 um 15 - 18 Prozent. 5) Bedeutend sank auch die Investitionstätigkeit. Die Ausrüstungsinvestitionen, d.h. die Investitionen in Maschinen und anderen Arbeitsmitteln sanken um 12,8 Prozent.

In den Jahren 1958 bis 1965 konnte Arbeitslosigkeit noch im wesentlichen verhindert werden, weil freiwerdende Arbeitskräfte von den Wachstumsindustrien aufgenommen wurden. Auch hier zeichnete sich im 2. Halbjahr 1966 eine neue Lage ab. Nur noch Chemie, kunststoff- und mineralölverarbeitende Industrie konnten ein stärkeres Wachstum aufweisen. Allerdings waren sie nicht in der Lage, die freigesetzten Arbeitskräfte aufzunehmen, da in fast allen anderen Zweigen ein Rückgang der Beschäftigten erfolgte.

Der Personalbestand sank von April 1966 zu April 1967 wie folgt:

Kohle und Bergbau	- 13 % = 52 900 Beschäftigte
Steine und Erden	- 12 % = 31 400 Beschäftigte
Textilindustrie	- 8 % = 45 100 Beschäftigte
Elektrotechnik	- 8 % = 72 700 Beschäftigte
Bekleidungsindustrie	- 7 % = 28 800 Beschäftigte
Autoindustrie	- 6 % = 31 100 Beschäftigte
Stahl und Eisen	- 5 % = 19 400 Beschäftigte
Maschinenbau	- 4 % = 45 900 Beschäftigte
Nahrung/Genuß	- 3 % = 16 100 Beschäftigte

(Quelle: Industriekurier vom 24.6.1967)

Die Zahl der Beschäftigten ging 1967 um rund 3 %, d.h. um fast eine Million zurück. Die Zahl der Vollarbeitslosen stieg zeitweilig bis auf etwa 700 000. Die Arbeitslosigkeit schwoll ab Oktober 1966 enorm an. Das DIW schrieb über diese Situation in der Bundesrepublik: „Ein Jahr Rezession – eine Million verwaister Arbeitsplätze.“⁶⁾ Die Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit war verbunden mit einem verschärften Druck der Monopole, um die Lasten auf die werktätige Bevölkerung abzuwälzen. Noch ehe überhaupt diese Krisenerscheinungen akut geworden waren, hatte der CDU-Abgeordnete Missbach die Unternehmer in seinen „Vertraulichen Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft“ vom 11. Juni 1966 aufmerksam gemacht: „Machen Sie sich bereit, Ihren Betrieb in der bevorstehenden Konjunkturabschwächung von zahlreichem Sozialklimbim zu befreien. Was Ihnen der Boom abgetrotzt hat, kann jetzt allmählich wieder verschwinden bzw. gesenkt werden (Beihilfen, Fahrgelder, Zuschüsse zum Kantinenessen usw.)“

Lohnsenkungen, Änderungskündigungen, Reduzierung sozialer Errungenschaften und anderes mehr sind seit Ausbruch jener krisenhaften Entwicklung an der Tagesordnung.

Im Krisenjahr 1967 konnten die 100 größten Aktiengesellschaften unserer Industrie die erreichbaren Profite um rund 2 Milliarden DM erhöhen (+ 15 %). Die Summe der Bruttolöhne und Gehälter jedoch verringerte sich um etwa 0,5 Milliarden DM (um etwas mehr als 2 %).⁷⁾ Die zyklische Krise 1967 ist im Prinzip überwunden. Die Ursachen der Krise (siehe weiter vorn) nicht. Insbesondere der Grundwiderspruch und der Widerspruch zwischen der ökonomischen Leistungsfähigkeit und den aggressiven Plänen gewisser Regierungs- und Kapitalkreise bei uns verschärft sich weiter. Deutlichster Ausdruck dessen ist, daß die Inflation gerade gegenwärtig ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Nach offiziellen Statistiken haben sich in der Bundesrepublik die Kosten für die Lebenshaltung einer Durchschnittsfamilie von 1950 bis Ende 1968 um wenigstens 48,5 % erhöht. Die heutige Mark hat nur noch eine Kaufkraft von 67 Pfennig gegenüber 1950.⁸⁾ Die Staatsverschuldung wird weiter wachsen. Allein zwischen 1968 und 1972 sollen zusätzlich 66 Milliarden DM an Verpflichtungen, insbesondere zur Deckung der wachsenden Ausgaben für Rüstung, aufgenommen werden.⁹⁾

Daß so weder zyklische Krisen noch die damit verbundenen Währungskrisen verhütet werden können, zeigt sich gerade jetzt erneut. Die Bundesre-

gierung hat die Diskontrate erhöht. Im April 1970 sind die Lebenshaltungskosten allein gegenüber Dezember 1969 um 3 % gestiegen.

Allerdings wirkt außer unseren eigenen Gegenmaßnahmen folgender Faktor den Krisenerscheinungen entgegen: Während vor dem Zweiten Weltkrieg die kapitalistischen Hauptländer mehr oder weniger gleichzeitig von Wirtschaftskrisen erfaßt wurden, ist dies heute nicht mehr der Fall. Die Wirtschaft der einzelnen Länder entwickelt sich ungleichmäßig. So wird, im Gegensatz zum Rückgang der Industrieproduktion in der Bundesrepublik, das Wirtschaftswachstum 1967 (in Prozent zum Vorjahr) in Japan auf 10,0 %, in Frankreich auf 4,5 % und in den USA auf 3,5 % geschätzt. Das ermöglicht der westdeutschen Wirtschaft, durch verstärkten Export den Krisenauswirkungen teilweise zu begegnen. Das Ergebnis im ersten Vierteljahr 1967 ist ein Exportüberschuß der Bundesrepublik von 6,2 Milliarden DM. Allerdings führt das wiederum zu Gegenmaßnahmen der betroffenen Partnerstaaten der Bundesrepublik. Weder große Exportüberschüsse noch andere Maßnahmen konnten verhindern, daß sich erstmals in der Nachkriegszeit im Herbst 1966 in der Bundesrepublik eine echte krisenhafte Entwicklung zeigte. Überfüllung der Warenlager, Rückgang der Industrieproduktion unter das Niveau des Vorjahres, Stagnation der Investitionen, steigende Zahl der Konkurse von Unternehmen und Zunahme der Arbeitslosigkeit kennzeichnen diesen Prozeß.

Was tun gegen die Krise?

Die Monopolbourgeoisie, unterstützt von sozialdemokratischen Ministern wie Schiller, hat ihr Programm. Es sieht neue Investitionsanreize für Unternehmer vor. Staatsmonopolistisch organisierte erhöhte Gewinnerwartungen sollen ihre Bereitschaft zu Investitionen wecken und so die Wirtschaft ankurbeln. Dazu gehören nicht nur Sonderabschreibungen und Aufträge aus dem Eventualhaushalt, sondern auch Beschwörungen der Unternehmer, doch endlich Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu haben und stärker zu investieren. Bürgerliche Ökonomen wollen durch bewußte staatliche Regulierung des Diskontsatzes den Wirtschaftsablauf beeinflussen. Während der Hochkonjunktur soll die Erhöhung des Diskontsatzes als Konjunkturbremse und während der Krise seine Senkung der Ankurbelung der Wirtschaft dienen.

Die Monopole versuchen weiter, durch Lohnsenkungen ihre Positionen im Konkurrenzkampf zu stärken und ihre Profite zu erhöhen. Das Kapital sieht im Lohn nur einen Kostenbestandteil und ist daran interessiert, den Lohn als Kostenfaktor niedrig zu halten. Jede Lohnsenkung aber führt zu einer Verringerung der Massenkaukraft und damit zu einer Einschränkung des Marktes. Es ist eben nicht möglich, den Verbrauch der Bevölkerung durch Lohnsenkung und Verringerung der Sozialsausgaben zu drosseln und gleichzeitig die Wirtschaft beleben zu wollen.

Das Ziel der Bonner Wirtschaftspolitik ist eine „stabile Wirtschaft“. Also müßte Bonn dafür sorgen, daß die Kaufkraft der Massen nicht weiter ge-

senkt wird, ein Anstieg der Verbrauchsgüterindustrie erfolgt. Eine Steuer-senkung der kleinen und mittleren Einkommen würde wesentlich zu diesem Ziel beitragen. Gleichzeitig würde die Erhöhung der Ausgaben des Staates für die Infrastruktur (Straßenbau, Bildungs-Investitionen usw.) die Investitionstätigkeit stabiler halten.

Bonn will die Wirtschaftskrise auch mit Hilfe einer „Globalsteuerung“ überwinden. Als die Wachstumsraten sanken und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich steigerten, mehrten sich die Auffassungen, daß der Staat weitaus stärker als bisher lenkend in den Reproduktionsprozeß eingreifen und durch staatliche Macht durchsetzen soll, wozu der Marktmechanismus nicht selbständig in der Lage ist. Nach Schillers Auffassung soll die „Globalsteuerung“ eine Art Planung sein, in welcher der Staat die Aufgabe hat, die wahrscheinliche wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten Bereichen im Sinne einer „mittelfristigen“ Wirtschaftspolitik abzusteuern. Es sollen besonders die sich aus der technischen Revolution ergebenden Strukturveränderungen berücksichtigt werden. Die Globalsteuerung soll den Unternehmern „Orientierungsdaten“ geben, die unverbindlich sind und den Monopolen helfen, ihren Profit zu erhöhen. Damit erfolgt der Versuch des Übergangs zu Formen der Planmäßigkeit der Entwicklung der Wirtschaft, wenn auch nur im Interesse der Monopole.

Es gibt keine klassenneutrale Lösung unserer Probleme. Die konzertierte Aktion von Schiller ist der Versuch, das zu verschleiern. Eine durch die Demokratisierung der Verhältnisse bewirkte Erhöhung der Löhne und Renten um eine Summe, die in der Nähe der unproduktiven Ausgaben für die Rüstung liegt, würde die Massenkaufkraft erheblich verbessern. (Das würde auch den ausdrücklichen Verzicht auf jede Beteiligung an der atomaren Aufrüstung und die Beseitigung der Notstandsverfassung einschließen.) Die höchsten Einkommen müssen am stärksten zum Ausgleich der Krisenlasten herangezogen werden. Eine höhere Besteuerung des Profits und eine Offenlegung der Bilanzen würde der Wirtschaft der Bundesrepublik echte Stabilität verleihen.

Trotzdem würden auch diese Maßnahmen nicht die eigentlichen Ursachen der zyklischen Krisen beseitigen.

Sie können daher auch nicht die inneren Widersprüche dieses Systems aus der Welt schaffen, die u.a. immer wieder eine krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft hervorrufen. Das wäre nur dadurch möglich, daß der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte auch mit gesellschaftlicher Aneignung der geschaffenen Werte verbunden würde. Dazu müßten an die Stelle kapitalistischer Produktionsverhältnisse sozialistische treten.

Allerdings – auch ohne daß Sozialismus als nächstes Ziel in der Bundesrepublik angestrebt wird, wäre es möglich, mit wirksameren Maßnahmen der krisenhaften Entwicklung im bestimmten Rahmen zu begegnen. Das müßten Maßnahmen sein, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und nicht einer kleinen Monopolschicht liegen.

In diesem Zusammenhang wäre die Durchsetzung einer echten Mitbestimmung der arbeitenden Bevölkerung auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens erforderlich. Diese echte Mitbestimmung könnte dazu beitragen, daß Fehl-investitionen vermieden werden, wie es zum Beispiel im Bergbau geschehen ist. Die Ergebnisse der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die ohne Einfluß der Gewerkschaften abliefen, zeigen, wie dringend qualifizierte Mitbestimmung erforderlich ist.

Demokratische Wirtschaftsplanung statt staatsmonopolistischer Regulierung wäre eine weitere Zielstellung. Eine demokratische Wirtschaftspolitik muß vorausschauen und planen. Gegenwärtig erfolgen alle Lenkungsmaßnahmen der Wirtschaft im Interesse der Monopole. Eine demokratische Planung setzt aber voraus, daß der Einfluß des Großkapitals zurückgedrängt wird, daß die Gewerkschaften Einfluß auf das staatliche und wirtschaftliche Leben erlangen. Gäbe es eine demokratische Planung in der Bundesrepublik, könnte auch der Strukturkrise entgegengewirkt werden.

Aufhebung der Diskriminierung des Handels mit der sozialistischen Welt, vor allem des Handels mit der DDR, wäre eine weitere Zielstellung, denn die sozialistischen Länder mit ihrer gesunden Wirtschaft wären für die Bundesrepublik ein aufnahmefähiger und sicherer Markt.

Auch zyklischen Wirtschaftskrisen kann unter den heutigen Bedingungen nur dadurch begegnet werden, daß die Demokratie allseitig entfaltet, die Macht der Monopole beschnitten und zurückgedrängt wird. Nur auf diesem Weg ist es möglich, das Wirken der kapitalistischen Gesetze mit all ihren verhängnisvollen Auswirkungen für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einzuschränken.

Anhang

- 1) Karl Marx, Das Kapital, Bd. III, (Marx/Engels, Werke, Bd. 25, S. 501)
- 2) Robert Friedlaender-Prechtl, Die Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung, Leipzig 1931, S. 17
- 3) Vgl. F. Pollock, Automation, Materialien zur Beurteilung der ökonomischen Folgen, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1964
- 4) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Wochenbericht Nr. 24 vom 16.6.1967
- 5) Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.
- 6) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin Wochenbericht Nr. 28 vom 14.7.1967
- 7) Wirtschaft und Statistik, Stuttgart-Mainz, Heft 9/1968, S. 431
- 8) Statistischer Wochendienst, Stuttgart-Mainz, Heft 49 vom 13.12.1968, S. 1
- 9) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 111 vom 6.9.1968

Zum 150. Geburtstag von F. Engels

Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus

Von L. A. Leontjew

Etwa 440 S., Ganzleinen, etwa 14,- DM

Das Buch enthält eine historisch-ökonomische Darstellung der Tätigkeit und der Arbeiten von Engels. Es verfolgt an Hand der Entwicklung zahlreicher Kategorien der marxistischen Ökonomie den komplizierten Gang der Erkenntnis der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und vermittelt den Eindruck von dem Umfang entsagungsvoller und harter wissenschaftlicher Arbeit von Marx und Engels. Es ist ein wertvolles Hilfsmittel zum Studium der marxistischen politischen Ökonomie und ergänzt die Marx-Engels-Forschung. Der Leser erhält durch den guten und flüssigen Stil sowie zahlreiche persönliche Daten aus dem Leben von Engels ein abgerundetes Bild des großen Sozialisten und Forschers.



Akademie-Verlag Berlin

108 Berlin · Leipziger Straße 3-4
Deutsche Demokratische Republik

Neu bei Dietz!

Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland

Hrsg.: Matthäus Klein / Erhard Lange / Friedrich Richter
Bd. I, 1. und 2. Halbband
625/571 S., Ganzleinen, je Bd. 18,50 DM

Der 1. Band, der in zwei Hälften erscheint, umfaßt die Periode bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, ist also im wesentlichen dem Wirken von Marx und Engels gewidmet.

Nach der Darlegung der historischen Voraussetzungen für die Entstehung der marxistischen Weltanschauung und der Darstellung der geistigen Entwicklung des jungen Marx und des jungen Engels wird die Entdeckung und philosophisch-theoretische Begründung der welthistorischen Rolle des Proletariats gewürdigt.



Dietz Verlag Berlin

1025 Berlin - Wallstraße 76-79
Deutsche Demokratische Republik

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit
Zur Kritik des Gothaer Programms**
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Ursprung der Familie**
- W.I. Lenin: **Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution**

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler**
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag**
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrsg. J. von Freyberg und K. Steinhaus**
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie**

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11